

Aufschwung durch soziale Marktwirtschaft statt Abschwung durch Staatswirtschaft

2

Der Landesparteitag beschließt:

4 Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat in einem beängstigenden Maße den Staat als wirtschaftlichen
6 Akteur in Erscheinung treten lassen. Mit schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen werden auf
8 breiter Linie private Investitionen durch staatliche verdrängt und mittels ausufernder
10 Neuverschuldung wird die Stabilität der europäischen Währungsunion vor eine Zerreißprobe
12 gestellt. Mit Unternehmensrettungen nach dem Gießkannenprinzip wird die Rolle des Staates als
Wettbewerbshüter ad absurdum geführt - eine allgemeine Subventionierungskultur greift um sich.

14 Trotz des großen Aktionismus bleiben die grundlegenden Probleme des Finanzsystems weiterhin
16 ungelöst, womit ein Ende der Krise in weite Ferne rückt. Die Bundesregierung hat auf ganzer Linie
18 versagt und lässt die junge Generation die Kosten dafür mit Zins und Zinseszins bezahlen.

20 Deshalb fordert die FDP Bayern im Einzelnen:

- 22 - Die Fokussierung der Politik auf eine grundlegende Reform des Banken- und
24 Währungssystems hin zu einer besseren Kontrolle, zu mehr Transparenz und zu einer
geringeren systemischen Anfälligkeit bei Bankenpleiten.
- 26 - Eine Steuerstrukturreform für ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem
28 inklusive negativer Einkommenssteuer (Bürgergeldmodell), gegenfinanziert durch
Ausgabensenkungen und keinesfalls mit neuen Schulden.
- 30 - Die FDP Bayern hält investive Konjunkturprogramme nicht für das adäquate Mittel zur
32 Bekämpfung der aktuellen schwierigen wirtschaftlichen Lage. Schneller und breiter wirken
Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger bei Abgaben und Steuern. Daran hält die FDP
34 Bayern fest.
- 36 - Keine staatlichen Rettungsaktionen für unwirtschaftliche Unternehmen und eine konsequente
38 Wettbewerbspolitik. Dazu gehören - nicht zuletzt auch auf EU-Ebene - ein konsequenter
Bürokratieabbau sowie ein Ende aller Handelshemmnisse und Subventionspraktiken.
- 40 - Den Rückzug von Bund und Ländern aus der Mehrheitsbeteiligung an den Landesbanken,
42 sofern nach Meinung der BaFin und der Bundesbank ein solides Geschäftsmodell existiert.
Der Erlös muss dabei vollständig in die Schuldentilgung gehen.
- 44 - Ein sofortiges Ende der Neuverschuldungspolitik und klare, bindende Konzepte zum
Schuldenabbau.
- 46 - Die Durchsetzung des Euro-Stabilitätspaktes von Maastricht gegenüber allen Mitgliedsländern
der Währungsunion.